

Prof. Dr. phil. Harald Karutz (Diplom-Pädagoge) ist Professor für Psychosoziales Krisenmanagement an der MSH Medical School Hamburg und leitet dort auch das Institute for Psychosocial Crisis Management (IPCM).

## Bevölkerungsschutz an Schulen? Eine Einordnung der aktuellen Diskussion

Die im März dieses Jahres geführte Auseinandersetzung über die Frage, ob „Kinder in Schulen auch auf Krieg vorbereitet werden sollten“ (Gerl & Osel, 2024), ist ein Musterbeispiel dafür, wie in der Politik und in den Medien unterschiedliche Dinge in problematischer Weise begrifflich und inhaltlich miteinander vermischt werden und wie eine notwendige und wünschenswerte Fachdiskussion unterkomplex eingeführt wird. Vor diesem Hintergrund scheint eine sachliche Kommentierung der einzelnen Argumente angebracht.



Foto: iStock

## Ein Interview und seine Folgen

Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger sieht Schulen in der Verantwortung, mit jungen Menschen über Krisen, Kriege und Katastrophen zu sprechen. Zu diesem Thema hat sie sich in einem ausführlichen Medieninterview gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe geäußert. Darin heißt es, eine Gesellschaft müsse sich insgesamt gut auf Krisen vorbereiten – „von einer Pandemie über Naturkatastrophen bis zum Krieg“ (Gaugele & Richter, 2024). Junge Menschen müssten „die Bedrohungen der Freiheit kennen“ und mit Gefahren umgehen können. Das müsse kein eigenes Schulfach, aber Lerninhalt sein. Zivilschutz sei außerdem „immens wichtig“, er gehöre auch in die Schulen. Ein Ziel müsse es sein, die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken. Nicht zuletzt sprach Stark-Watzinger sich für „Zivilschutzübungen“ an Schulen aus.

Diese Überlegungen haben unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Der Deutsche Lehrerverband zeigte z. B. Zustimmung: Der Krieg in der Ukraine schaffe ein neues Bewusstsein für militärische Bedrohung, das auch an Schulen vermittelt werden müsse (dpa, 2024a). Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien hat sich demgegenüber kritisch geäußert: Es helfe nicht, der Bevölkerung und insbesondere Kindern und Jugendlichen „Angst zu machen“ (Gabel, 2024). Ebenfalls ablehnend beurteilte das die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig. Sie verwies darauf, dass „Krisen und Katastrophenschutz“ längst in Schulen thematisiert würden (dpa, 2024b). Kritik kam außerdem von der Lehrgewerkschaft GEW. Stark-Watzinger sei mit ihren Vorschlägen – man beachte die Rhetorik – weit über das Ziel „hinausgeschossen“: Wehr- und Kriegsertüchtigung gehöre nicht zum Aufgaben-

spektrum von Schulen und diese sollten vielmehr „Schutzräume“ für Kinder und Jugendliche sein (GEW, 2024).

## Problematische Aspekte der Diskussion

Schon kurze Zeit nach dem Medieninterview der Bundesbildungsministerin sieht es nun so aus, als wäre die Diskussion schon wieder beendet: Sprichwörtlich wurde „eine Sau durchs Dorf getrieben“ und mehr als „ein Rauschen im Blätterwald“ ist es womöglich nicht gewesen. Aus einer ganzen Reihe von Gründen ist dies jedoch unbefriedigend.

### 1. Notfallvorsorge ist notwendig:

Eine Stärkung der persönlichen Notfallvorsorge und der Selbsthilfefähigkeit eines jeden Einzelnen wird bereits seit Jahren gefordert – und zwar aus guten Gründen: Wenn man mit Krisen, Katastrophen und auch Krieg angemessen umgehen können möchte, setzt dies nun einmal eine adäquate Vorbereitung auf solche Szenarien voraus.

So heißt es auch in der nationalen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022, S. 53) ausdrücklich: „Katastrophenrisikomanagement in der Bildung [...] ist besonders wichtig, um eine Art ‚Resilienzkultur‘ zu fördern. Durch das Bildungssystem (auch das für das frühkindliche Stadium) [...] kann Wissen vermittelt und generiert werden, das die Fähigkeiten der Bevölkerung und von Institutionen im Umgang mit Risiken stärkt.“ Explizit wird in der Resilienzstrategie empfohlen, „Themen des Katastrophenrisikomanagements in die schulische und außerschulische Bildung auf[z]u nehmen“ (S. 54).

In der „Konzeption Zivile Verteidigung“ (KZV; Bundesministerium des Innern, 2016) kann

ebenfalls nachgelesen werden, dass „die Bevölkerung [...] durch eigene Vorsorgemaßnahmen im Rahmen des Selbstschutzes zur Verringerung des Bedarfes an Notversorgungsleistungen bei[trägt]. Sie soll durch geeignete Maßnahmen hierzu angeleitet und befähigt werden“ (S. 43). Insbesondere ist von einer notwendigen „Bewusstseinsbildung“ die Rede – aber wo, wenn nicht in Schulen, sollte denn wohl eine solche „Bewusstseinsbildung“ erreicht werden?

Dass die aktuellen Überlegungen der Bundesbildungsministerin nun teilweise despektierlich abgetan werden, gehört vor diesem Hintergrund in die gleiche Kategorie wie die Aufregung um „Hamsterkäufe“, zu denen ein früherer Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) vermeintlich einmal aufgerufen hatte. Tatsächlich hatte das BBK lediglich darüber informiert, welcher Notvorrat nach Möglichkeit in einem Haushalt vorhanden sein sollte. Diese Empfehlungen wurden dann jedoch verunglimpft und gleichzeitig „hochgekocht“ (Fisser, 2020). Was damals deutlich wurde und jetzt erneut deutlich wird, ist letztlich eine recht bedauerliche Unfähigkeit einiger Akteurinnen und Akteure, sachlich und differenziert über ernsthafte Themen zu sprechen, ohne dabei – warum auch immer – zu polemisieren oder zu pauschalisieren.

Selbstverständlich kann mit Maßnahmen zur Notfallvorsorge übertrieben werden. Medienberichte über die teilweise skurril erscheinende „Prepper-Szene“ sind Beispiele dafür (Feldmann, 2018). Bemühungen für eine bessere Notfallvorsorge sind deshalb jedoch nicht von vornherein und grundsätzlich unangebracht. Hier gilt es, sorgfältig zu differenzieren, was sinnvoll ist und was eher nicht.

Mit Heranwachsenden auch über (mögliche) Krisen, Kriege und Katastrophen zu sprechen ist

aber ganz sicherlich sinnvoll. In einer Veröffentlichung zur pädagogischen Anthropologie hieß es dazu schon vor vielen Jahren: „Es erscheint unverzichtbar, dass der heranwachsende Mensch ein Grundvertrauen in die Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens und des Seins schlechthin gewinnt. Gerade in Anbetracht so vieler Übel, Leiden, Katastrophen, angesichts von Versagen, Schuld, Tod sowie der Erfahrung des vom Scheitern bedrohten Lebens darf er nicht allein gelassen werden. Er muss auf die Konfrontation mit solchen Phänomenen vorbereitet, zu ihrer Interpretation und Bewältigung ermächtigt werden“ (Hamann, 2005, S. 130). Dieser Einschätzung kann nur ausdrücklich zugestimmt werden – angesichts der globalen Sicherheitslage dürfte sie heute sogar noch berechtigter sein als 2005.

Auf jeden Fall liegt es auf der Hand, dass Bemühungen zur Stärkung der persönlichen Notfallvorsorge und Selbsthilfefähigkeit möglichst frühzeitig beginnen sollten. Auch darauf wird von zahlreichen Expertinnen und Experten seit vielen Jahren immer wieder hingewiesen (siehe z. B. Beerlage & Hartmann, 2013). Nicht zuletzt gilt der uralte Grundsatz: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!“

#### **Zusammenfassung:**

Eine „reflexhaft“ und grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Forderung, mit Kindern und Jugendlichen über Krisen, Kriege und Katastrophen zu sprechen, ist aus fachlicher Sicht unverständlich.

## **2. Notfallvorsorge muss nicht zwingend Ängste schüren:**

Aktuell wurde der Vorwurf erhoben, dass man Kindern durch die Beschäftigung mit Krisen, Kriegen und Katastrophen „keine Angst

machen“ dürfe (Gabel, 2024). Dieser Vorwurf ist grundsätzlich falsch, weil eine „Schonraumpädagogik“, d. h. ein Fernhalten von Gefahren und Bedrohungen erst recht unangebracht ist: Psychische Folgen von Unglücken, Krisen und Katastrophen können bei Kindern umso gravierender sein, „je mehr ihnen eine heile Welt vorgegaukelt wird“, hat der Psychologe Clemens Hausmann beispielsweise schon 2005 geschrieben – und kritisiert wurde längst, dass viele Kinder aus einem vermeintlichen Schutzbedürfnis heraus „von allem Bösen in der Welt abgeschirmt“ worden seien. Phantasie und fehlende Erfahrung von Kindern habe daraufhin „das zerbrechliche Bild einer Scheinwelt produziert“ (Rabenschlag, 2002).

Falsch ist auch die Annahme, dass *jedes* Thematisieren von Unglück, Gefahr und Bedrohung *zwingend* Angst machen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Dadurch, dass Themen nicht angesprochen werden, wird Angst erzeugt. Gerade dadurch, dass etwas im Unklaren bleibt und halb verborgen, halb verschwiegen vor sich hin schwelt, werden Sorgen verstärkt (Karutz, 2024). Völlig zurecht weist der Deutsche Lehrerverband (2024) darauf hin, dass „ein offener Austausch [...] für Sicherheit und Vertrauen [sorgt]“. Zudem kann so etwas wie Risikomündigkeit – ein kluger und achtsamer Umgang mit Bedrohungen – grundsätzlich nur dann entwickelt werden, wenn auch Risiken irgendwann einmal thematisiert worden sind.

Richtig ist natürlich, dass unreflektierte und pädagogisch nicht sorgfältig vorbereitete Notfallübungen problematisch, womöglich sogar unethisch sind. Darüber kann und muss gesprochen werden. Natürlich können Ängste geschürt und psychische Belastungen verursacht werden, wenn Übungen unangekündigt oder in einer unangemessenen, z. B. dramatisierenden Weise stattfinden. Das ist aber kein Grund dafür, über-

haupt nichts zu tun. Vielmehr werden aus diesem Grund methodisch und didaktisch sorgfältig ausgearbeitete Konzepte benötigt, um so auf Notfälle vorbereiten zu können, dass eben *keine* Ängste geschürt werden. Interessanterweise werden an Schulen ja auch Brandschutzübungen durchgeführt, die in der Regel ebenfalls keine Ängste hervorrufen (und seit Jahren gänzlich unaufgeregt gelebte Praxis sind).

Demnach geht es überhaupt nicht mehr um die Frage, ob Notfallvorsorge sinnvoll ist oder nicht. Allenfalls könnte diskutiert werden, wie sich Notfallvorsorge – ganz konkret! – kindgerecht gestalten lässt und in welcher Weise über Krisen und Kriege gesprochen werden soll. Genau dazu liegen in der Notfall- bzw. Bevölkerungsschutzpädagogik jedoch längst zahlreiche Erkenntnisse vor. Beispielsweise wird darauf hingewiesen, dass eine „Konfrontation“ mit Belastendem und Beunruhigendem stets mit „Protektion“, also mit schützenden und stärkenden Informationen, austariert werden muss (Karutz, 2024). Dass solche Erkenntnisse berücksichtigt werden müssen, versteht sich von selbst.

#### **Zusammenfassung:**

Der Vorwurf, Kindern würde mit Angeboten zur Notfallvorsorge Angst gemacht werden, ist in dieser pauschalen Form unzutreffend und bringt bevölkerungsschutzpädagogische Bemühungen – die nicht genug wertgeschätzt werden können – zudem in Misskredit.

### **3. Notfallvorsorge sollte in einem größeren Kontext betrachtet werden:**

Mit Kindern und Jugendlichen über Risiken und Gefahren zu sprechen, ergibt absolut Sinn: Das, was ist, wird nicht dadurch besser, dass man es verschweigt. Allerdings kann man die

starke (mediale) Fokussierung auf das Thema „Krieg“ tatsächlich kritisieren. Aus fachlicher Sicht sollte es eben nicht allein um *Krieg* gehen, sondern um Notfälle *insgesamt* – und die Fähigkeiten, die auch bei alltäglichen Unglücken, Krisen und „Katastrophen“ von Bedeutung sind: unmittelbare Selbsthilfefähigkeit, aber auch Solidaritätsfähigkeit, die Fähigkeit zu kritischem Denken, Medienkompetenz, Improvisationsfähigkeit und vieles andere mehr (Kaiser, 2007; Knauer & Beerlage, 2020; Karutz, Posingies & Dülks, 2022a): Das sind die (psychosozialen) Fähigkeiten, die dann (natürlich!) auch in einem Kriegsfall hilfreich sind. Umgekehrt gilt dies aber nur eingeschränkt – und so wird mit dem Fokus auf den Kriegsfall „das Pferd von hinten aufgezäumt“.

Die Förderung persönlicher Notfallkompetenz ließe sich beispielsweise auch im Kontext der allgemeinen Gesundheitsförderung betrachten (Beerlage, 2023). So stünden Wohlergehen, Schutz und Sicherheit im Vordergrund. Es ginge um die Stärkung von notfallbezogenen Handlungs- und Bewältigungskompetenzen, um das kluge und konstruktive Lernen für und aus Katastrophen – und eben nicht um die bloße Überhöhung einer einzelnen Bedrohung. Sicherlich wäre ein solches, ernsthaft um Bildung bemühtes Vorgehen hilfreicher und zielführender als die alleinige, etwas ungeschickte Verknüpfung mit dem Damoklesschwert „Krieg“.

#### **Zusammenfassung:**

Die starke (mediale) Fokussierung auf das Thema „Krieg“ wird der Komplexität der Fragestellung nicht gerecht. Hier handelt es sich um eine problematische Engführung, bei der vor allem das eigentliche Bildungspotenzial von Krisen und Katastrophen komplett unbeachtet bleibt.

#### **4. Notfallvorsorge in Schulen wird keineswegs ausreichend thematisiert:**

Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass es Notfallpläne und Handreichungen für den Umgang mit Krisen an Schulen geben würde. Das stimmt – nur geht es bei diesen Konzepten um etwas völlig anderes! Hier werden Präventionskonzepte für Individualnotfälle, Konzepte zur Krisenintervention und Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz miteinander vermischt, als wäre es alles das Gleiche – das ist es aber mitnichten. Zwar weisen Strategien für die Mobbing-, Amok- und Suizidprävention tatsächlich Parallelen, Schnittmengen und Bezüge zur Förderung gesellschaftlicher Krisenfestigkeit auf – das eine wird aber nicht dadurch überflüssig gemacht, weil es das andere gibt: Man verzichtet bei einem Auto auch nicht auf den Einbau von Bremsen, weil Airbags und ein Seitenaufprallschutz integriert sind. Und man braucht auch dann einen Führerschein, wenn Autos mit modernen Assistenzsystemen ausgestattet sind.

Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass Schulen gut gerüstet seien, um auf Themen wie „Krise“ und „Krieg“ zu reagieren – tatsächlich ist genau dies jedoch nicht der Fall. Wie unzureichend Schulen in Deutschland auf eine größere bzw. „kollektive“ Krise vorbereitet waren, hat man jüngst erst in der Coronapandemie zu sehen bekommen. Hier davon zu sprechen, wie gut gerüstet Schulen für Krisen sind, ist nicht nur arg euphemistisch, sondern offenbart auch eine wirklich erstaunliche Realitätsferne.

Vorschläge, Schulen krisenfester zu gestalten und als schützende und stärkende Zufluchtsorte zu verstehen, sind in den letzten Jahren weitgehend unbeachtet geblieben. Tatsächlich ist es erst nach jahrelangen Bemühungen gerade einmal gelungen, Reanimationsunterricht an



Schulen zu etablieren. Hierzu gibt es seit 2014 jedoch lediglich eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz, ab der siebten Klasse zwei Unterrichtsstunden pro Jahr für dieses Thema aufzuwenden (German Resuscitation Council, 2014). Und diese Empfehlung wird bei Weitem nicht an allen Schulen bundesweit umgesetzt; sondern es sind eher (erfreuliche!) Ausnahmen, wenn dies geschieht.

Gleiches gilt für Erste-Hilfe-Kurse mit Selbstschutzzinhalten, die konzeptionell zweifellos gelungen sind, aufgrund von finanziellen Limitierungen in der Praxis aber ebenfalls nur eine verhältnismäßig geringe Verbreitung gefunden haben. Auch didaktische Materialien, die vom BBK herausgegeben worden sind (Liemersdorf-Strunk, 2016), werden an Schulen bislang nur selten verwendet. Und nicht zuletzt sind die international etablierten Sub- bzw. Spezialdisziplinen „disaster bzw. death education“ (Lacher & Rohs, 2023; Wittkowski & Paré, 2020) in Deutschland weitgehend unbekannt.

#### **Zusammenfassung:**

Die Aussage, Schulen in Deutschland seien für Krisen, Kriege und Katastrophen gut gerüstet, ist schlichtweg falsch.

### **5. Die Verknüpfung mit der Bundeswehr ist zumindest unglücklich:**

Problematisch ist tatsächlich, dass das Thema „Notfallvorsorge“ nun ausgerechnet mit der Bundeswehr bzw. „einem unverkrampften Verhältnis zur Bundeswehr“ (Gaugele & Richter, 2024) verknüpft worden ist. Das wirft auch Fragen auf. Es mag sein, dass Jugendoffiziere interessante Beiträge zu diesem Thema leisten können. Ebenso denkbar wäre es aber, Notfallvorsorge mit Fachkräften für Friedens-

ziehung, Konfliktprävention und Gewaltschutz zu verbinden. Man könnte auch Historiker, Gesundheits- und Sozialwissenschaftler, Zeitzeugen vergangener Kriege und viele andere mit einbinden. Die deutliche Konzentration auf die Bundeswehr ist insofern unglücklich. Sie hat – wie man so sagt – ein „Geschmäckle“ und hat Kritikern, um in einer thematisch passenden Ausdrucksweise zu bleiben, erst recht „Munition“ geliefert. Definitiv soll es nicht darum gehen, dass Schülerinnen und Schüler lernen, „Krieg zu führen“. Vielmehr sollen sie lernen, mit den Bedrohungen – wie sie beispielsweise auch mit einem Krieg verbunden sein können – angemessen umzugehen.

#### **Zusammenfassung:**

Dass „Notfallvorsorge“ mit „Wehrtüchtigkeit“ gleichgesetzt und das Nachdenken über Gefahren, Risiken und Bedrohungen des Lebens im Allgemeinen zu „Kriegsunterricht“ bzw. als eine Art „Bundeswehr-Propaganda“ dargestellt wird (GEW, 2024), stellt eine problematische Engführung der Thematik dar.

### **Perspektiven und Potenziale**

Ein Bundesland, das positiv hervorsteht, ist Baden-Württemberg: Seit 2023 werden dort tatsächlich intensive Bemühungen unternommen, um Katastrophenschutz als Thema in Schulen zu verankern (Staatsministerium Baden-Württemberg, 2023). Unter anderem findet an allen weiterführenden Schulen des Landes einmal pro Jahr ein Aktionstag statt. Für sämtliche Schularten wurden Unterrichtsmaterialien und Handreichungen erarbeitet, die über das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung bzw. den Landesbildungsserver kostenlos verfügbar sind. Ferner gibt es unterschiedliche

Informationsflyer für Kinder und Jugendliche sowie ein didaktisches Konzept zur Integration des Themas in die Curricula einzelner Fächer (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg, o. J.).

Wünschenswert wäre jedoch, dass kindgerechte Notfallvorsorge in einer solchen Art und Weise bundesweit betrieben werden würde. Auch dazu liegen Vorschläge vor, beispielsweise die von der Erziehungswissenschaftlerin Astrid Kaiser bereits 2007 veröffentlichten Überlegungen für eine „Menschenbildung in Katastrophenzeiten“. Auch in diversen anderen Staaten zeigt sich seit Jahren, wie eine kindgerechte Notfallvorsorge realisiert werden könnte: Die USA und Japan liefern konkrete Beispiele dafür. In Deutschland steht insbesondere der Föderalismus einer bundesweit einheitlichen Umsetzung von Notfallvorsorgestrategien an Schulen entgegen. Unterschiedliche Zuständigkeiten sorgen dafür, dass Unterrichtskonzepte „aus einem Guss“ kaum oder nur mit größten Schwierigkeiten entwickelt werden können: Der Bund ist lediglich für den Zivilschutz – also den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall – zuständig. Katastrophenschutz ist wiederum Aufgabe der einzelnen Bundesländer. Als „Klammer“ beider Aspekte dient der Terminus „Bevölkerungsschutz“. Dementsprechend wäre eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe erforderlich, um übergreifende Konzepte und didaktische Leitlinien erarbeiten zu können. Die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler könnte hier eine federführende Moderation übernehmen.

Weitere problematische Aspekte kommen allerdings noch hinzu – Ressortgrenzen zwischen Kultus-, Innen- und Gesundheitsressort beispielsweise. Und letztlich „muss es jemand machen“: Auf diese Weise ergeben sich kom-

plexe Herausforderungen für Lehrkräfte, aber auch für die Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Bildungspartnern wie z. B. Feuerwehren, Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk. Oftmals ist dafür jedoch weder Geld noch Zeit vorhanden (Deutscher Lehrerverband, 2024). Zum „Nulltarif“ ist die angestrebte Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz allerdings nicht zu bekommen.

#### **Zusammenfassung:**

Formelle Zuständigkeits- bzw. Ressortgrenzen sorgen „horizontal und vertikal“ für hochkomplexe Schnittstellenprobleme, die einer Umsetzung von Notfallvorsorgekonzepten im Bildungswesen entgegenwirken.

Damit Schulen Resilienz fördern könnten, müssten sie nicht zuletzt erst einmal selbst resilient sein – was aktuell nicht der Fall ist (Karutz, Posingies & Dülks, 2022b). Vor allem aufgrund des Lehrkräftemangels, aber auch vieler weiterer Herausforderungen erscheint das Bildungswesen momentan derart belastet (Klein, 2023), dass es fast schon illusorisch anmutet, hier noch etwas einzufordern, was gar nicht geleistet werden kann.

Damit kommt der traurige Treppwitz dann schließlich auch an sein Ende, denn: Schulen als „Kritische Infrastruktur“ zu betrachten, die so wichtig sind, dass sie einer besonders intensiven Unterstützung und eines besonderen Schutzes bedürfen, um jederzeit zuverlässig funktionsfähig zu bleiben, sieht der Entwurf des neuen KRITIS-Dachgesetzes ausdrücklich nicht vor (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2023). Vielmehr bleibt es den einzelnen Ländern vorbehalten, gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz von Bildungseinrichtungen zu definieren.

### Zusammenfassung:

Einerseits bleibt es offenbar bei einem Flickenteppich unterschiedlicher Prioritätensetzungen und Regelungen – andererseits bleibt es dabei, dass es im deutschen Bildungswesen – entgegen allen oberflächlichen politischen Willensbekundungen – eben keinen Standard zur Resilienzsteigerung gibt.

Drei Dinge sind dabei besonders bedauerlich: Erstens bleibt die Bedeutung von Bildung für die persönliche Notfallvorsorge und die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung einmal mehr unerkannt. Zweitens sind gerade Kinder und Jugendliche davon betroffen, weil sie eine besonders vulnerable Bevölkerungsgruppe sind. Sie sind dringend auf pädagogische und psychosoziale Unterstützung angewiesen und könnten ganz besonders von „notfallbezogenem“ Unterricht profitieren, wenn dieser sich nicht nur auf Krieg, sondern auch auf eine tatsächlich umfassende Notfallvorsorge und Risikomündigkeit beziehen würde. Drittens bleibt möglicherweise eine große Chance ungenutzt, denn: Die nur wenig zur Selbsthilfe fähigen Kinder und Jugendlichen von heute sind die nur wenig zur Selbsthilfe fähigen Erwachsenen von morgen.

Schulen könnten für den Bevölkerungsschutz eine wertvolle Ressource sein, und notfallbezogene Bildung ist im Grunde genommen das zentrale Element des Bevölkerungsschutzes. Es ist bedauerlich, dass dies weiterhin nicht allgemein anerkannt, sondern von einigen Akteurinnen und Akteuren derart destruktiv zerredet wird. Wenn man es mit der nationalen Resilienzstrategie und einer Stärkung der Krisenfestigkeit des Landes wirklich ernst meint, dann kann die in der Überschrift dieses Beitrags formulierte Frage jedenfalls nur mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden.

### Literatur

- Beerlage, I. (2023): Resilienz von Gemeinschaften, Städten und Gemeinwesen; Community Resilience und Resilienz-Förderung. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i139-2-1.0>.
- Beerlage, I. und Hartmann, T. (2013): Aktiv von Kindesbeinen an! In: Bevölkerungsschutz, Heft 2: 2–5.
- Bundesministerium des Innern (2016): Konzeption Zivile Verteidigung. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bevoelkerungsschutz/konzeption-zivile-verteidigung.pdf;jsessionid=2C289D4577B726744D7AA371AC793386.live892?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bevoelkerungsschutz/konzeption-zivile-verteidigung.pdf;jsessionid=2C289D4577B726744D7AA371AC793386.live892?__blob=publicationFile&v=2)
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. [https://www.bkk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Sendai-Katrima/deutsche-strategie-resilienz-lang\\_download.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bkk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Sendai-Katrima/deutsche-strategie-resilienz-lang_download.pdf?__blob=publicationFile&v=6)
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/KRITIS-DachG.html>
- Deutscher Lehrerverband (2024): Keine Zivilschutzübungen an den Schulen – aber die Bedrohungslage und Verteidigungsstrukturen als Thema im Unterricht zur Sprache bringen. <https://www.lehrerverband.de/deutscher-lehrerverband-keine-zivilschutzuebungen-an-den-schulen-aber-die-bedrohungslage-und-verteidigungsstrukturen-als-thema-im-unterricht-zur-sprache-bringen>.
- dpa (2024a): Lehrerverband: Bewusstsein für Bedrohung an Schulen schaffen. <https://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-lehrerverband-bewusstsein-fuer-bedrohung-an-schulen-schaffen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240317-99-366024>
- dpa (2024b): Hubig, S.: Aussagen zu Zivilschutzübungen nicht nachvollziehbar. <https://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-hubig-aussagen-zu-zivilschutzuebungen-nicht-nachvollziehbar-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240316-99-360632>



- Feldmann, J. (2018): Bereit für das Weltende: Was sind „Prepper“? <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Bereit-fuer-das-Weltende-Was-sind-Prepper,prepper108.html>
- Fisser, D. (2020): Corona und die Hamsterkäufer: Wie krisenfest sind wir? <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/corona-und-hamsterkaeufer-wie-krisenfest-sind-wir-20319068>.
- Gabel, M. (2024): Schule und Krieg – Prien kritisiert Stark-Watzinger: „Es hilft nicht, Kindern und Jugendlichen Angst zu machen“. [https://www.swp.de/politik/schule-und-krieg-\\_prien-kritisiert-stark-watzinger-\\_es-hilft-nicht-kindern-und-jugendlichen-angst-zu-machen\\_-73335005.html](https://www.swp.de/politik/schule-und-krieg-_prien-kritisiert-stark-watzinger-_es-hilft-nicht-kindern-und-jugendlichen-angst-zu-machen_-73335005.html).
- Gaugele, J. und Richter, C. (2024): „Zivilschutz gehört auch in die Schulen“. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 16. März 2014.
- German Resuscitation Council (2014): Ausbildungskonzept für einen Reanimationsunterricht innerhalb der Schul-Curricula in Deutschland. Kommentierte Ausgabe. <https://www.grc-org.de/files/ArticleFiles/document/GRC-BAGEH-Curriculum%20Schuelerausbildung%20in%20Wiederbelebung%202012%20-%20kommentiert%202014.pdf>.
- Gerl, M. und Osel, J. (2024): Krieg und Schule. <https://www.sueddeutsche.de/bayern/krieg-schule-vorbereitung-katastrophenschutz-stark-watzinger-1.6466076>.
- GEW (2024): Zivilschutz in Schulen. „Schule ist kein Ort der Nachwuchsrekrutierung!“ <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/schule-ist-kein-ort-der-nachwuchsrekrutierung>.
- Hamann, B. (2005): Pädagogische Anthropologie. 4., überarb. u. erw. Aufl., Frankfurt am Main: Peter Land.
- Hausmann, C. (2003): Handbuch Notfallpsychologie und Traumabewältigung. Grundlagen, Interventionen, Versorgungsstandards. Wien: Facultas.
- Kaiser, A. (2007): Menschenbildung in Katastrophenzeiten. Baltmannsweiler: Schneider-Verlag Hohengehren.
- Karutz, H. (2024): Kinder in Notfällen. Psychische Erste Hilfe und Psychosoziale Akuthilfe. Edewecht: Stumpf & Kossendey.
- Karutz, H., Posingies, C. und Dülks, J. (2022a): Das Bildungswesen in Deutschland – eine Resource für die Krisenbewältigung? In: Bevölkerungsschutz, Heft 3, S. 7–10.
- Karutz, H., Posingies, C. und Dülks, J. (2022b): Vulnerabilität und Kritikalität des Bildungswesens in Deutschland. Eine Betrachtung aus Sicht des Bevölkerungsschutzes. Abschlussbericht. Forschung im Bevölkerungsschutz Band 31. Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
- Klein, W. (2023): Das deutsche Bildungssystem befindet sich in einer tiefen Krise. <https://www.grc-org.de/files/ArticleFiles/document/GRC-BAGEH-Curriculum%20Schuelerausbildung%20in%20Wiederbelebung%202012%20-%20kommentiert%202014.pdf>.
- Knauer, G. und Beerlage, I. (2020): Stärkung der psychosozialen Notfallkompetenz – gemeinsame Aufgabe für PSNV und Notfallvorsorge. In: Bevölkerungsschutz, Heft 1, S. 24–31.
- Lacher, S. und Rohs, M. (2023): Civil protection through adult and continuing education in Germany. A scoping review of an emerging research field Civil protection through adult and continuing education in Germany. A scoping review of an emerging research field. In: International Journal of Lifelong Education 42 (4). doi: 10.1080/02601370.2023.2263651.
- Liemersdorf Strunk, P. (2016): Bevölkerungsschutz für Kinder zwischen zwei Buchdeckeln. In: Bevölkerungsschutz, Heft 1, S. 24–26.
- Rabenschlag, U. (2002): Kinder stark machen gegen die Angst. Freiburg im Breisgau: Herder.
- Staatsministerium Baden-Württemberg (2023): Katastrophenschutz an Schulen. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/katastrophenschutz-an-schulen-3>.
- Wittkowski, J. und Paré, P.-M. (2020): Unter-richtung über Sterben, Tod und Trauer (Death Education). In: Witwer, H., Schäfer, D. und Frewer, A. (Hrsg.): Handbuch Sterben und Tod. Geschichte – Theorie – Ethik. Heidelberg: Metzler, S. 361–364.
- Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (o. J.): Im Fokus: Katastrophenschutz an Schulen. <https://zsl-bw.de/im-fokus-katastrophenschutz-schulen>. ■